

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
38. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
28.11.2013**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 28.11.2013

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

- 1.** Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.10.2013
- 2.** Neubesetzung von Gremien in Unternehmen oder Einrichtungen aufgrund personeller Änderung innerhalb der Verwaltung
- 3.** Frauenförderplan
- 4.** Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Übach-Palenberg
hier: Grundsatzentscheidung zum Amtsblatt
- 5.** Verlagerung des Sitzes der Geschäftsführung der WestEnergie und Verkehr GmbH (west)
- 6.** Gebührenkalkulationen für das Jahr 2014 betreffend die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen
- 7.** 15. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung
- 8.** Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2014
- 9.** Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2014
- 10.** Erweiterungen zur Tagesordnung
- 10.1** Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, UWG und Bündnis 90/Die Grünen nach § 7 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse betr. Streichung der Stelle der Entgeltgruppe 13 im Stellenplan 2013
- 11.** Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 12.** Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
- 13.** Einwohnerfragestunde

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 14. Genehmigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 25.09.2013
- 15. Beschluss über die zu ehrenden Bürger anlässlich des Bürgerempfangs 2014
- 16. Personalangelegenheiten
 - 16.1 Einstellung eines Beschäftigten für die Steuerungsstelle Recht und Beratung
 - 16.2 Ernennung eines Stadtamtsrates zum Stadtverwaltungsrat
 - 16.3 Ernennung eines Stadtamtsrates zum Stadtoberamtsrat
- 17. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 17.1 Veräußerung der Grundstücke Flur 51 Nrn 138 und 219, Heinsberger Straße
- 18. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 18.1 Erläuterungen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Rudolf Burbaum	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-HM	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr Heinz König	CDU	
Frau Norma Kuhlmeier	SPD	
Herr Dieter Kunath	SPD	
Herr René Langa	CDU	
Herr Steven McLarren	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-HM	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Frau Eva Maria Piez	SPD	nicht anwesend während TOP 10.1
Herr Hüseyin Salin	SPD	
Herr Dieter Sarasa	UWG	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Frau Christa Thar-Hennes	UWG	

Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Abwesende Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Franz Bergstein	UWG
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz	
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek	
Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder	nicht anwesend während TOP 16.2 + 16.3
Herr Kämmerer Björn Beeck	nicht anwesend während TOP 16.2 + 16.3
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen	
Frau Personalratsvorsitzende Silvia Keller	
Frau Gleichstellungsbeauftragte Adele Müller	
Frau Stadtinspektorin Judith Meuwissen	

Schriftführerin

Frau Stadtamtsfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Er verwies auf die Grundstücksangelegenheit Heinsberger Straße, die in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zur Entscheidung an den Rat verwiesen worden sei.

Weiterhin verwies auf den am 22.11.2013 eingegangenen gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, UWG und Bündnis 90/Die Grünen nach § 7 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse betr. Streichung der Stelle der Entgeltgruppe 13 im Stellenplan 2013. Er erklärte, dass die in § 7 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 der Geschäftsordnung normierten Voraussetzungen nicht vorliegen und er insofern von seiner Seite aus nicht verpflichtet sei, den Antrag ohne Weiteres auf die Tagesordnung zu setzen.

Daraufhin beantragte Stadtverordneter **Weißborn** den o. g. Antrag auf die Tagesordnung zu setzen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion habe hierüber beraten und sehe grundsätzlich auch keine Notwendigkeit, die Tagesordnung um diesen Antrag zu erweitern. Aber man wolle großzügig sein und erkläre sich somit mit der Erweiterung der Tagesordnung einverstanden.

Hiergegen erhob sich weiterhin kein Widerspruch.

Stadtverordneter **Weißborn** beantragte weiterhin, die Punkte 4 und 16.1 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Beschluss:

1. Der Tagesordnungspunkt 4 "Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Übach-Palenberg hier: Grundsatzentscheidung zum Amtsblatt" wird von der Tagesordnung abgesetzt.
2. Der Tagesordnungspunkt 16.1 "Einstellung eines Beschäftigten für die Steuerungsstelle Recht und Beratung" wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1:

16 Nein-Stimmen
11 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

zu 2:

Stadtverordneter Walther erklärte sich als befangen und stimmte nicht mit.

15 Nein-Stimmen
12 Ja-Stimmen

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, dass die Fraktion B90/ Die Grünen am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **Mlaker** erklärte, dass die FDP-HM-Fraktion ebenfalls am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.10.2013**
-

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 17.10.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Neubesetzung von Gremien in Unternehmen oder Einrichtungen aufgrund personeller Änderung innerhalb der Verwaltung

Beschluss:

Folgende Änderungen werden beschlossen:

1. Als Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Kreises Heinsberg wird als Ersatz für den ausgeschiedenen Dezernenten Hans-Peter Gatzen Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek entsandt.
2. Als Stellvertreterin für Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Kreises Heinsberg wird Stadtoberinspektorin Monique Raeune entsandt.
3. Als Stellvertreter für Ersten Stadtbeigeordneten Helmut Mainz in der Gesellschafterversammlung der Kreiswerke Heinsberg GmbH wird als Ersatz für den ausgeschiedenen Dezernenten Hans-Peter Gatzen Kämmerer Björn Beeck entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

3. Frauenförderplan

Stadtverordnete **Piez** merkte an, dass sie bereits in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung und Kultur beim Thema U3-Betreuung darauf hingewiesen habe, dass man die Gleichstellungsbeauftragte nicht eingebunden habe. Sie wolle in diesem Zusammenhang einen Auszug aus dem Frauenförderplan zitieren. Hier heiße es: „Den Zielsetzungen des LGG folgend, entscheidet die Gleichstellungsbeauftragte im Rahmen ihrer fachlichen Weisungsfreiheit in eigener Verantwortung, ob es sich bei einer Maßnahme oder einem Beratungsgegenstand um eine Angelegenheit ihres Aufgabenbereichs handelt.“ Hierauf wolle sie noch einmal ausdrücklich hinweisen mit der Bitte um Berücksichtigung.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, auch in ihrer Fraktion habe man hierüber diskutiert. Sie fragte, wer die vorliegende Fortschreibung des Frauenförderplans erstellt und wer daran mitgewirkt habe.

Stadtamtsrat **Schröder** antwortete, man habe dies in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten Müller aufgesetzt.

Stadtverordnete **Appelrath** merkte an, dass sich zwischen den Jahren 2007 und 2013 nicht viel getan habe. Im gehobenen Dienst sei in diesem Zeitraum nur eine halbe Stelle mehr mit einer Frau besetzt worden, im mittleren Dienst sei sogar ein

Rückgang zu verzeichnen. Wo sei hier die genannte Parität?
Bei der Sitzungsvorlage zu TOP 2 Gremienneubesetzung habe die Gleichstellungsbeauftragte nicht mit unterzeichnet. Warum nicht?

Stadtamtsrat **Schröder** antwortete, dass es bei diesem Tagesordnungspunkt lediglich darum gehe, dass der Rat einen Vertreter der Stadt in die entsprechenden Gremien entsendet.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, es seien zu wenige Frauen bei der Verwaltung in Führungspositionen. Man sollte dem Vorschlag, wie auch SPD und CDU, folgen, 1/3 der Führungspositionen mit Frauen zu besetzen.

Stadtamtsrat **Schröder** erläuterte, dass bei gleicher Qualifikation eine Frauenförderung stattfinde. Aber man müsse auch sehen, dass es bei den vorhandenen Strukturen innerhalb der Stadtverwaltung schwierig sei, die genannte Quote mittelfristig zu erreichen, insbesondere wenn gleichzeitig 20 Stellen gemäß dem Personalentwicklungskonzept abgebaut werden müssen. Die Einsparziele verzögern ein nachhaltiges Bemühen. Dennoch habe man gerade in jüngster Zeit, da wo es möglich gewesen sei, Frauen auf Führungspositionen gesetzt. Dies werde auch namentlich im Frauenförderplan dokumentiert.

Bürgermeister Jungnitsch ergänzte, dass auch bei der Einstellung der Auszubildenden auf einen Ausgleich von Männern und Frauen geachtet worden sei.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Fortschreibung des Frauenförderplanes der Stadtverwaltung Übach-Palenberg wird gem. § 5 a Abs. 4 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz - LGG) für die Zeit vom 01.01.2014 - 31.12.2017 beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

4. Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Übach-Palenberg hier: Grundsatzentscheidung zum Amtsblatt

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, es sei mehrfach der Wunsch an ihn herangetragen worden, das Amtsblatt der Stadt Übach-Palenberg wieder um Informationen aus dem Rathaus und um einen örtlichen Nachrichten- und Veranstaltungsteil zu erweitern. Um dies zu ermöglichen, müsse der damalige Ratsbeschluss aufgehoben werden.

Selbstverständlich müsse diese Erweiterung des Amtsblattes kostenneutral sei. Werden die Kosten nicht gedeckt, werde man ein solches Amtsblatt auch nicht herausgeben.

Stadtamtsrat **Schröder** ergänzte, es müsse entschieden werden, ob die Stadt ein solches Amtsblatt in Eigenregie herausgeben solle. Für die Umsetzung gebe es

dann verschiedene Möglichkeiten. So könne die Verteilung zum Beispiel über Externe erfolgen. Dies komme auf die Kostendeckung an.

Stadtverordneter **Weißborn** habe in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses danach gefragt, was das Wort "könnte" im Zusammenhang mit der Verteilung an alle Haushalte zu bedeuten habe. Gemeint sei damit, dass dies abhängig von der Kostendeckung sei. Rechtlich nötig für den Vollzug der öffentlichen Bekanntmachungen sei eine solche Verteilung nicht.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion lehne die vorliegende Beschlussempfehlung ab. Sie sei der Auffassung, dass die Einführung eines solchen Amtsblattes 6-7 Monate vor der Kommunalwahl der politischen Meinungsbildung dienen solle. Und was die Formulierung "könnte an alle Haushalte verteilt werden" betreffe, wolle er auf das an die Unternehmer gerichtete Schreiben verweisen, in dem um Anzeigenschaltung geworben werde, mit der Zusage, dass das Amtsblatt an alle Haushalte verteilt werde.

Zudem wolle er auf die interne Verfügung des Bürgermeisters vom 12.11.2013 hinweisen, in der alle Bediensteten der Verwaltung angewiesen werden Herrn Urban mit sämtlichen Informationen für den redaktionellen Teil des künftigen Amtsblattes zu füttern. Eine Verfügung, die vor der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erlassen worden sei. Somit habe der Bürgermeister dem Rat die Entscheidung vorweggenommen und das, obwohl laut Gemeindeordnung der Rat für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig ist.

Bürgermeister Jungnitsch erläuterte, dass das Amtsblatt selbstverständlich kein Propagandablatt werden solle. Darauf lege er großen Wert.

Das Schreiben an die Unternehmen habe er im Vorfeld als Anfrage versandt, um signalisiert zu bekommen, ob überhaupt Interesse bestehe, ein solches Amtsblatt zu unterstützen. Denn ein solches Amtsblatt sei nur machbar, wenn die Kosten gedeckt werden. Deswegen sei sämtlicher Schriftverkehr im Vorfeld als vorbereitende Maßnahme zu sehen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde zustimmen. Sie halte ein solches Amtsblatt für nötig, weil viele danach fragen. Die Zustimmung werde allerdings nur mit der Maßgabe erteilt, dass die Kosten gedeckt werden.

Stadtverordnete **Appelrath** sah keine Notwendigkeit, ein solches Amtsblatt aufzulegen. Es sei von dem Abbau von Standards gesprochen worden, weil nicht genügend Personal vorhanden sei. Eine Aussage, die zum Beispiel auch in Bezug auf das Klimaschutzkonzept getätigt worden sei. Aber für die Herausgabe eines Amtsblattes sei genügend Personal vorhanden?

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, sie habe grundsätzlich keine Bedenken, ein Amtsblatt in Eigenregie herauszugeben. Allerdings so kurz vor der Kommunalwahl schon. Deswegen werde die UWG-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls nicht zustimmen.

Stadtverordnete **Thar-Hennes** ergänzte, man sei lange Zeit mit dem Amtsblatt in der derzeitigen Form ausgekommen. Deshalb schlage sie vor, die Entscheidung bis nach der Kommunalwahl zu verschieben.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, eine tatsächliche Herausgabe des Amtsblattes erfolge erst, wenn die Kostendeckung sichergestellt sei. Vielleicht ziehe sich dies sogar bis nach der Wahl. Wichtig sei aber, dass heute bereits ein Grundsatzbeschluss gefasst werde, damit entsprechende Vorbereitungen getroffen werden können.

Beschluss:

Um dem vielfach geäußerten Wunsch aus der Bevölkerung Rechnung zu tragen, wird das Amtsblatt der Stadt Übach-Palenberg, das derzeit ausschließlich öffentliche Bekanntmachungen enthält, künftig um Informationen aus dem Rathaus und um einen örtlichen Nachrichten- und Veranstaltungsteil im Rahmen der Bekanntmachungsverordnung ergänzt und in Eigenregie von der Stadt Übach-Palenberg herausgegeben.

Der Beschluss des Rates vom 22.04.2008, die Ausschreibung zur Herausgabe eines Amtsblattes für die Stadt Übach-Palenberg nach der Kommunalwahl im Jahre 2009 erneut zu behandeln, wird entsprechend aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

5. Verlagerung des Sitzes der Geschäftsführung der WestEnergie und Verkehr GmbH (west)

Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt der Verlagerung des Sitzes der Geschäftsführung der West Energie und Verkehr GmbH von Erkelenz nach Geilenkirchen zu.
2. Die Mitglieder des Kreises Heinsberg in der Gesellschafterversammlung der KWH werden beauftragt, der Verlagerung in einer Gesellschafterversammlung der KWH zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

6. Gebührenkalkulationen für das Jahr 2014 betreffend die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, er wolle seine Freude zum Ausdruck

bringen. Die Gebührensätze für Straßenreinigung, Stadtentwässerung und Bestattungswesen bleiben unverändert und die Gebührensätze für die Abfallbeseitigung können sogar noch reduziert werden. Dies sei gerade in der heutigen Zeit eine wirklich gute Nachricht.

Stadtverordnete **Appelrath** freute sich ebenfalls über die gleichbleibenden Gebührensätze. Sie sehe jedoch eine weitere Einnahmemöglichkeit bei der Verwertung von Altschrott. Hierauf sollten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nochmals deutlicher hingewiesen werden.

Stadtverordneter **Kunath** ergänzte, es störe ihn, dass so viele Privatsammler für Altschrott durch das Stadtgebiet fahren. Er gehe davon aus, dass der Stadt hierdurch ca. 40.000 € Einnahmen entgehen.

Beschluss:

Die für das Jahr 2014 gefertigten Gebührenkalkulationen der Stadt Übach-Palenberg für die öffentlichen Einrichtungen

- a) Straßenreinigung,
- b) Stadtentwässerung,
- c) Abfallbeseitigung,
- d) Bestattungswesen,

werden zustimmend zur Kenntnis genommen (die Gebührenkalkulationen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. 15. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 15. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2014

Stadtverordneter **Walther** erklärte sich vor Einstieg in den Tagesordnungspunkt

als befangen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** gab folgende Erklärung ab:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die CDU-Fraktion wird dem Stellenplan 2014 ohne Änderungsvorschläge zustimmen.

Der Stellenplan bildet die Grundlage, um die im Sanierungsplan vorgesehenen Personalkosteneinsparungen in 2014 und bis 2021 zu erreichen.

Die Zahl der Stellen im Bereich Beamte verringert sich um 2,78 Stellen auf 39,0 Stellen. Dabei ist zu erwähnen, dass hier auch eine A 15 Stelle des höheren Dienstes eingespart wird.

Die Zahl der Stellen im Bereich tariflich Beschäftigte verringert sich um 0,46 Stellen auf 125,47 Stellen.

Bis 2021 müssen laut Sanierungsplan noch insgesamt 16 weitere Stellen eingespart werden.

Seit der Amtsübernahme durch Bürgermeister W. Jungnitsch im Jahre 2009 sind 41 Mitarbeiter aus dem Dienst der Stadt ausgeschieden und nur 18 Mitarbeiter neu eingestellt worden.

An dieser Stelle möchte ich im Namen der CDU-Fraktion allen Mitarbeitern der Verwaltung meinen Dank aussprechen. Personaleinsparungen in dieser Größenordnung bedeuten zusätzliche Belastungen in einem hohen Maße für die verbleibenden Mitarbeiter, die man nicht hoch genug einschätzen kann.

Hier meinen Dank an Bürgermeister W. Jungnitsch, dass er es verstanden hat, seine Mitarbeiter entsprechend zu motivieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen noch zwei bemerkenswerte Zahlen zur Kenntnis und zum Nachdenken geben. In der Periode von 2004 – 2009 wurden in der Verwaltung 82 Beförderungen und Höhergruppierungen vorgenommen. In der Amtszeit von Bürgermeister Jungnitsch seit 2009 bisher 14!!!

Ich bitte Sie darum, dem Stellenplan 2014 Ihre Zustimmung zu geben.“

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, Stadtverordneter Gudduschat habe teilweise Recht, denn grundsätzlich sei sehr verantwortungsbewusst mit Personalmaßnahmen umgegangen worden. Allerdings habe die UWG-Fraktion bereits damals angeregt, die EG-13-Stelle zu streichen. Ohne diese Streichung werde die UWG-Fraktion dem Stellenplan nicht zustimmen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion werde den Stellenplan aufgrund der Schaffung der Juristenstelle ebenfalls ablehnen. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung habe er hierzu noch Nachfragen.

Beschluss:

Dem Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Jahr 2014 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen

12 Nein-Stimmen

9. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2014

Bürgermeister Jungnitsch bat die Fraktionsvorsitzenden und Parteienvertreter um ihre Wortbeiträge zum Haushaltsentwurf 2014.

Stadtverordneter **Gudduschat** führte aus:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

der Haushalt 2014 wird uns, wie in den vergangenen Jahren, mit einem Haushaltssicherungskonzept zur Genehmigung vorgelegt.

Dies ist erforderlich, weil Übach-Palenberg zum Pflichtteilnehmerkreis des sogenannten „Stärkungspaktgesetzes“ gehört. Damit soll den ärmsten Kommunen in NRW aus der Finanzmisere geholfen werden.

Die heutige, sehr frühzeitige Verabschiedung des Haushaltes 2014, mit der Fortschreibung des Sanierungsplanes bis 2021, wird uns von der Aufsichtsbehörde vorgeschrieben.

An dieser Stelle möchte ich schon jetzt dem Bürgermeister und seinen Mitarbeitern, hier im Besonderen dem Kämmerer Herrn Beeck, für die Arbeiten danken, die für die Aufstellung dieses schwierigen Haushaltes erforderlich waren.

Wir, die CDU-Fraktion, gehen davon aus, dass dieser Haushalt, mit Sanierungsplan, den Bestimmungen und Anforderungen des Stärkungspaktgesetzes entspricht und damit genehmigungsfähig ist.

Wir werden diesem von der Verwaltung vorgelegten Haushalt, ohne Änderungen zu beantragen, zustimmen.

Dem Bürgermeister möchte ich dafür danken, dass er in seiner Rede zur Haushaltseinbringung bereits deutlich gemacht hat, dass es keine Sparzwang-Entwarnung geben kann, aber der Silberstreif am Horizont breiter geworden ist.

Dies ist das positive Ergebnis der soliden Finanzpolitik der bürgerlichen Mehrheit seit 2010.

Da in der Hauptausschusssitzung in der vergangenen Woche von keiner Fraktion Änderungsvorschläge zu der Verwaltungsvorlage eingebracht wurden, musste ich

davon ausgehen, dass alle dem Haushalt 2014 zustimmen werden, so wie er uns vorliegt.

Sehr geehrter Herr Weißborn, am Montag musste ich in einem Zeitungsbericht lesen, dass Sie diesen Haushalt 2014 als „Dokument der puren Hilflosigkeit“ bezeichnet haben, dem sie nicht zustimmen werden.

Da geht mir langsam der Hut hoch.

„Pure Hilflosigkeit“ kann man seit 2010 nur bei Ihnen, Herr Weißborn, und der SPD feststellen.

Sie haben mit Ihrer immensen, fehlenden Ausstrahlung die Bürgermeister-Wahl und die Wahl für die SPD verloren.

Sie haben keine Konsequenzen daraus gezogen.

Sie haben uns nach jahrzehntelanger SPD-Mehrheit ein finanzielles Fiasko hinterlassen, das zum Himmel stinkt.

Jetzt entziehen Sie sich der Verantwortung, indem Sie in der Opposition schon dem fünften Haushalt in Folge ihre Zustimmung verweigern wollen.

Manchmal kommen Sie mir vor, wie jemand, der im vollbesetzten Aufzug einen Furz lässt, anschließend die Nase rümpft und dann sagt: „Hier stinkt es aber“.

Wir können nur hoffen, dass nicht alle Ihrer Fraktionsmitglieder dies so sehen und fordere Sie deshalb auf, dem Haushalt 2014 Ihre Zustimmung zu geben.

Eine Nichtannahme des Haushaltes würde in der Konsequenz dazu führen, dass der Rat keine politischen Entscheidungen mehr treffen kann und stattdessen ein „Sparkommissar“ der Aufsichtsbehörde von oben alles diktiert, wie es bei der Stadt Nideggen der Fall war.

Wir werden den eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgen und die städtischen Finanzen wieder in Ordnung bringen.

Mit den uns anvertrauten Steuergeldern dürfen nur die Verpflichtungen eingegangen werden, die zum Nutzen der Bürger „finanziell gestemmt“ werden können.

Hierzu gehört auch, dass im Jahre 2014 eine Kreditaufnahme nicht vorgesehen ist und das Kreditvolumen in der Planung um 3 Mio. Euro auf 45,1 Mio. Euro abgesenkt werden kann.

Wir haben den ehrgeizigen Plan, bis zum Jahre 2021 das Kreditvolumen auf ca. 25 Millionen Euro abzusenken und damit den jährlichen Zinsaufwand erheblich zu reduzieren.

Der Gesamtbetrag der Erträge kann um 1,8 Mio. Euro auf 57,6 Mio. Euro gesteigert werden, obwohl die Steuersätze für die Gemeindesteuern nicht angehoben werden.

Die im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes ergriffenen Maßnahmen, um die

Haushaltskonsolidierung zu erreichen, müssen weiterhin konsequent umgesetzt werden.

Dazu gehören u.a.

- Personalkosteneinsparungen in Höhe von 383 TE in 2014 und 4,9 Mill. Euro bis 2021
- Stromkosteneinsparungen durch techn. Veränderung der Straßenbeleuchtung in Höhe von 60 TE in 2014 und 480 TE bis 2021
- Einsparungen durch Reduzierung des Grünpflegeaufwandes in Höhe von 100 TE in 2014 und 1,4 Mill. Euro bis 2021
- Zinsreduzierungen in Höhe von 196 TE in 2014 und 3,5 Mill. Euro bis 2021

Obwohl die Gesundung der Finanzen oberstes Ziel bleibt, können wir 2014 noch einige Maßnahmen in Angriff nehmen.

Dazu gehören u.a.

- 1.056.500 Euro für die Kanalisierung Röchlingstr., Friedrichstr., Ägidiusstr., Schulstr., Carlstr. und Boschstr. ,
- 155.600 Euro für die Einführung eines IT-Konzeptes an den Schulen,
- 120.000 Euro für den Fuhrpark des techn. Betriebes,
- 620.000 Euro für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen,
- 805.000 Euro für den Neubau der Thornstr.,
- 430.000 Euro für Regenrückhaltmaßnahmen in Scherpenseel,
- 493.627 Euro für den Neubau der Boschstr.,
- 49.000 Euro für die Zaunanlagen an der GGS Palenberg und der KGS Übach,
- 60.000 Euro für die Öffnung der Aachener Str.

Zum Schluss möchte ich traditionsgemäß noch einige positive Ereignisse des Jahres 2013 ansprechen und hervorheben.

- Die Erweiterung der Schokoladen- und Brotfabrik mit der Schaffung weiterer Arbeitsplätze ist im vollen Gange,
- mit der Fertigstellung des EKZ in Übach-Palenberg ist im Frühjahr 2014 zu rechnen,
- eine Milchpulverfabrik wird sich in Übach-Palenberg ansiedeln,
- die Nahversorgung in Scherpenseel durch die Eröffnung eines Supermarktes wird gesichert,
- die Nahversorgung in Marienberg wurde durch eine Erweiterung des Supermarktes verbessert,
- der Kindergarten Marienberg mit vsl. 3 Gruppen wird demnächst ebenfalls nach dort verlagert.
- mit der Verlegung der Glasfasern in Scherpenseel wird bald begonnen.

Meine Damen und Herren,

die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2014 zu und fordert alle Fraktionen auf, in der Verantwortung für unsere Stadt, dies ebenfalls zu tun!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit."

Stadtverordneter **Weißborn** führte aus:

"Liebe Bürgerinnen und Bürger von Übach Palenberg,
Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Die zurückliegende Legislaturperiode ist nun fast vorbei und wir nähern uns mit Riesenschritten der nächsten Kommunalwahl. Dies ist ein guter Grund die letzten vier Jahre zu bilanzieren und genauestens zu betrachten, ob die vollmundigen Versprechungen der letzten Kommunalwahl auch umgesetzt worden sind. Was wurde von dem Bürgermeister und seiner Mehrheit in unserer Stadt bewegt, wie hat sich unsere Stadt entwickelt? Wir alle erinnern uns noch gut an die Schlagwörter der CDU: "AUF GEHT´S, ANPACKEN, WOLFGANG KOMMT".

Und was hat der Koalitionsvertrag von CDU und UWG hergegeben? Da steht zu lesen: "Die höchste Priorität hat eine zukunftsorientierte Weichenstellung für die dynamische Entwicklung der Stadt". Ja meine Damen und Herren sie haben richtig gehört, die Wörter "dynamisch" und "Entwicklung" sind darin zu lesen. Das Einzige was sich hier in Übach Palenberg "dynamisch entwickelt" hat ist die Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters. Aber im Sinne der Weiterentwicklung unserer Stadt spielen diese Begriffe definitiv keine Rolle.

Aber vielleicht liege ich ja falsch und sie meine Damen und Herren von der Mehrheit können mir sagen welche positiven Entwicklungen unsere Stadt in den letzten Jahren genommen hat. Ich wäre Ihnen dankbar wenn sie dabei fein auseinanderhalten würden, welche Projekte bereits vor der Kommunalwahl angeschoben waren. Heute interessieren uns nämlich ausschließlich ihre Leistungen.

Also kurzum, ich habe sehr intensiv darüber nachgedacht und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass Sie meine Damen und Herren und Sie Herr Bürgermeister die letzten Jahre nach der Methode Versuch und Irrtum reagiert haben, ohne dabei irgend etwas Positives für unsere Stadt zu erreichen. Ganz im Gegenteil, ihre Methode hat die Stadt Übach Palenberg unter dem Strich viel Geld gekostet. Ich darf einfach mal beispielhaft an einige Punkte erinnern:

So wählten Sie einen dritten stellvertretenden Bürgermeister, um ihn später, auf unseren Druck hin, wieder abzuschaffen.

Sie erhöhten die Anzahl der Ausschüsse, um sie auf unseren Druck hin, wieder zu reduzieren.

Sie erhöhten die Eintrittsgelder beim Schwimmbad, um es auf unseren Druck hin wieder zurückzunehmen.

Sie ließen ein Hotelgutachten erstellen, ohne daraus irgendeinen Nutzen zu ziehen.

Sie versuchten den Spielplatz an der Kollwitzstraße an einen Privatinvestor zu verkaufen und wurden durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt durch den Antrag der SPD-Fraktion, die Finger davon zu lassen, daran gehindert.

Dass dies alles nicht kostenlos war, können sich die Menschen unsrer Stadt an

zwei Fingern ausrechnen. Allein die Erhöhung der Eintrittspreise beim Schwimmbad hat neben dem Imageverlust schnell mal 50.000 € gekostet. Das lag einfach daran, dass die Badewilligen mit den Füßen abgestimmt haben. Aber vielleicht meinten sie ja genau das, als sie in Ihrem Koalitionsvertrag davon gesprochen haben, die Bürgerinnen und Bürger "frühzeitig in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen"? Ich erinnere mich sehr gut daran, wie ich genau diese Entwicklung vorausgesagt habe und Sie es als Schwarzmalerei abgetan hatten.

Es gab aber durchaus auch Dinge die in Übach Palenberg von der CDU beschlossen und umgesetzt wurden. So verpachteten sie, gegen unseren guten Rat, die Dächer für Fotovoltaik-Anlagen, obwohl man in eigener Regie eine deutlich höhere Rendite hätte erzielen können.

So verkauften sie das Herzstück des Rathausplatzes, obwohl wir mit der alten Verpachtungssituation und den Einnahmen aus Gebühren, schwarze Zahlen geschrieben haben und sehr gut damit gefahren sind. Dieser Vorgang war einmalig in NRW, er war wohl einmalig in ganz Deutschland.

So verkleinerten sie einen Spielplatz in Scherpenseel zu Gunsten eines privaten Investors.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren, wo liegt denn hier der Nutzen für die Menschen unserer Stadt? Es muss leider festgestellt werden, dass wir am Ende dieser Legislaturperiode über fünf verlorene Jahre für Übach Palenberg sprechen müssen.

Anstatt alle Anstrengungen in den Erhalt unseres Schwimmbades zu stecken hat die CDU mit ihrem Bürgermeister beschlossen die Aachener Straße nun wirklich zu öffnen. Diese unendliche Geschichte soll mit dem Haushalt 2014 endlich abgeschlossen werden. Ich hatte Ihnen ja schon versprochen, dass ich mich mit diesem Thema nicht mehr weiter auseinandersetzen möchte. Aber jetzt liegt uns eine halbherzige Lösung vor, bei der man nur aus Richtung Frelenberg in die Aachener Straße hineinfahren kann. Ein Einbiegen von der Bahnhofstraße soll, nach der uns vorliegenden Planung, noch nicht mal möglich sein. Und dafür sollen sage und schreibe 60.000 € ausgegeben werden? Durch diese Baumaßnahme wird oben-drein noch ein belebendes Element des Geschäftszentrums Palenberg hochgradig gefährdet. Ich spreche von dem Markt der dort jeden Samstag stattfindet. Zumindest könnte er dann an dieser Stelle nicht mehr verbleiben, weil genau dort die Autos zukünftig durchfahren würden. Die Verausgabung dieser 60.000 Euro für eine sehr halbherzige Angelegenheit, ist für sich alleine betrachtet schon ein guter Grund diesen Haushalt abzulehnen.

Aber da dies einer, von lediglich zwei konkreten Punkten in Ihrer Koalitionsvereinbarung ist, dann habe ich sogar ein wenig Verständnis dafür, dass Sie zumindest ein Versprechen umsetzen wollen. Sie machen es aber nicht richtig, weil Ihnen schlicht und einfach das Geld für eine vernünftige Baumaßnahme, mit Kreisverkehr fehlt.

Als Sie Herr Bürgermeister diesen Haushalt eingebracht haben, sprachen Sie davon, dass die Stadt Übach Palenberg sich finanziell wieder auf dem Weg der Besserung befindet. Sie klopfen damit sich und Ihrer Mehrheit kräftig auf die Schultern nach dem Motto: Seht mal her, ihr Menschen in Übach Palenberg, wir haben es geschafft. Wir betreiben Schuldenabbau und das ist unser Verdienst weil

wir eine restriktive Sparpolitik betrieben haben.

Genau betrachtet kann man bisher aber nicht wirklich von Sparpolitik reden. Die Einsparungen, von denen die Rede ist, die sollen laut Haushaltssanierungsplan doch erst in den Folgejahren in Kraft treten. Bisher hat nichts anderes stattgefunden als den Menschen und den Betrieben unserer Stadt das Geld aus der Tasche zu ziehen. Ich hätte von Ihnen, Herr Bürgermeister, in Ihrer Einbringungsrede erwartet, dass Sie auch davon gesprochen hätten, wo das Geld denn hergekommen ist? Ich zumindest habe kein Wort des Dankes an die Steuerzahler von Übach Palenberg und auch nicht an das Land Nordrhein Westfalen vernommen.

Fakt ist nämlich das in den Jahren 2011 2014 rund 8 Millionen € aus Mitteln des Landes zusätzlich über den Stärkungspakt nach Übach Palenberg geflossen sind, bzw. fließen werden. Fakt ist auch, dass in den Jahren 2013 und 2014 rund 4,5 Millionen € mehr an Gewerbesteuer eingegangen sein müssten, nur aufgrund der Erhöhung der Hebesätze. Dabei ist der eingerechnete Zuwachs der Gewerbesteuer von 4,1 Prozent noch gar nicht berücksichtigt. Fakt ist auch, dass in den Jahren 2013 und 2014 rund 2,5 Millionen € mehr an Grundsteuer durch die Erhöhung der Hebesätze eingehen müssten. Diese Hebesätze wurden nämlich 2012 von Ihnen, mit Wirkung für das Jahr 2013 und folgende, bei der Grundsteuer von 413 auf 550 % erhöht und bei der Gewerbesteuer von 411 auf 475 %. Noch ist diese Erhöhung gedanklich nicht bei allen Menschen in unserer Stadt angekommen. Die Hauseigentümer haben Kenntnis durch ihren Abgabenbescheid erhalten. Die Mieter jedoch werden dies in ihrem Geldbeutel allerdings frühestens bei der Nebenkostenabrechnung 2013 das erste Mal zu spüren bekommen.

Ich bin ganz gespannt darauf, wie groß die Begeisterung bei den Menschen in Übach Palenberg sein wird wenn sie für eine 80 m² Wohnung fast 100 € mehr an Grundsteuer Abgaben zahlen müssen.

Es ist nahezu ein Schlag in Gesicht der Menschen und ein Hohn, wenn Sie in Ihrer Einbringungsrede stolz verkünden, dass die Hebesätze stabil bleiben, weil sie zum Haushaltsjahr 2014 nicht nochmal erhöht werden. Dabei muss man sich doch verhoneipelt vorkommen.

Summa summarum hat die Stadt Übach Palenberg in den Jahren 2011 2014 also eine Mehreinnahme von rund 15 Millionen € erhalten. Da finde ich es mehr als angebracht, auch mal ein Wort des Dankes zu verlieren. Stattdessen lobt dieser Bürgermeister sich und seine (CDU) Mannschaft für nicht erbrachte Leistungen und schimpft nach wie vor auf die Landesregierung NRW, die mit Sozialdemokraten an der Spitze in den letzten Jahren tatsächlich zur erheblichen finanziellen Entlastung unserer Kommune Übach Palenberg beigetragen hat. Manchmal frage ich mich, meine Damen und Herren, ist das eigentlich pure Boshaftigkeit oder steckt da nur Unvermögen dahinter?

Trotzdem sind Sie Herr Bürgermeister sich nicht zu schade, Nachrichten der Landesregierung, in diesem Fall eine Presseerklärung des Innenminister Jägers, zum Anlass zu nehmen um sich selber als guten Menschen, als Bürgermeister der Leben retten will, ins rechte Licht zu stellen. In dieser Mitteilung des Innenministers ging es darum, dass große kreisangehörige Gemeinden zukünftig Geschwindigkeiten flexibler kontrollieren dürfen. Sie Herr Bürgermeister müssen wohl, als Sie

das gelesen haben, gedacht haben: Toll, dass ist doch bestimmt wahlkampf-tauglich und haben flugs einen Artikel auf die Homepage setzen lassen, in dem Sie davon sprechen, das Leben unserer Bürger zu schützen und zu retten. Den Ordnungsämtern sei es ja künftig erlaubt, überall dort zu blitzen, wo zu schnell gefahren wird. Zitat Jungnitsch: "Hier gilt es bei Bedarf durchzugreifen". Ich habe diesen kleinen Artikel zum Anlass genommen, um in der letzten Hauptausschusssitzung den Bürgermeister zu fragen, ob er denn beabsichtige eine Radaranlage zur Überprüfung von Geschwindigkeiten anzuschaffen. Worauf hin dann der Erste Stadtbeigeordnete erklären durfte, dass diese Regelung, von der der Innenminister sprach, nur für Städte ab 50.000 Einwohner gilt. Ich habe den Bürgermeister gebeten seinen Artikel auf der Homepage zu korrigieren, weil er schlicht und einfach irreführend ist und den Menschen suggeriert, wir könnten selber Geschwindigkeitsmessungen vornehmen. Der Gipfel bei der ganzen Angelegenheit war allerdings, dass Sie Herr Bürgermeister in der Haupt- und Finanzausschusssitzung dann noch lamentiert hatten, "da sehe man mal dass man den Mitteilungen des Landes nicht trauen könne und man alles überprüfen müsse, was die vom Land so von sich geben". Sie erläuterten, dass sie auf die Aussage des Innenministers vertraut hätten, aber bei näherer Recherche habe sich herausgestellt, dass das Recht, den fließenden Verkehr zu überwachen, nur Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern zustehe. Dazu Herr Bürgermeister musste man aber gar nichts recherchieren. Dies stand nämlich bereits in der Presseerklärung des Innenministers zu lesen. Diese Presseerklärung habe ich natürlich auch gelesen und darin ist die Rede davon, ich zitiere: "bisher mussten die Ordnungsämter der Kreise, der **großen** kreisangehörigen und der kreisfreien Städte usw. ..."

Jedes Ratsmitglied, das sich das erste Mal mit Kommunalpolitik beschäftigt, lernt, dass es Unterschiede in der Größenordnung der Städte gibt. Man spricht von kleinen und mittleren und großen kreisangehörigen Gemeinden. Und diese Ratsmitglieder wissen auch, dass die großen kreisangehörigen Gemeinden bei 60.000 Einwohnern beginnen. Und dass sich dieser Erlass nur auf große kreisangehörige Gemeinden bezieht, stand aber auch in der Presseerklärung. Sie Herr Bürgermeister hätten schlicht und einfach lesen und verstehen müssen, dann hätten Sie einen solchen, entschuldigen Sie, Blödsinn nicht verfasst.

Die CDU und der Bürgermeister sprechen dauernd davon, dass sie Personalkosteneinsparungen vornehmen. Da sollen Stellen nicht neu besetzt werden, um Geld zu sparen. Zum Teil ist das durchaus vertretbar und richtig. Was aber dann gar nicht richtig ist, ist, dass man jetzt eine neue, gut dotierte Stelle einführen will. Man beabsichtigt einen Juristen einzustellen der dem Bürgermeister und seinem Beigeordneten die Arbeit vom Hals hält, ich will das einfach mal so salopp formulieren. Wir halten die Einrichtung dieser Stelle für überflüssig, für falsch und für rausgeworfenes Geld. Damit sind wir nicht alleine, auch die Vertreter von UWG und von Bündnis 90/ Die Grünen sehen das so. Aufgrund dessen haben diese drei Fraktionen dem Bürgermeister einen gemeinsamen Antrag übermittelt, in dem beantragt wird, den Stellenplan 2013 zu ändern und genau diese Stelle ersatzlos zu streichen. Dieses Geld kann man guten Gewissens sparen! Bisher sind doch auch alle Rechtsangelegenheiten, zum Beispiel bei Widerspruchsverfahren zur vollen Zufriedenheit der Stadt geregelt worden. Wir haben hier doch hoch qualifizierte Mitarbeiter mit Fachhochschulausbildung, die in allen Rechtsgebieten der öffentlichen Verwaltung bewandert sind. Und in allen anderen Fällen, dafür gibt es in der Vergangenheit gute Beispiele, sind wir ohnehin auf fachanwaltschaftliche Hilfe

angewiesen. Also dieses Geld kann und muss man einsparen.

In der letzten Hauptausschusssitzung haben wir einen neuen Tagesordnungspunkt zu besprechen gehabt, in dem es darum ging ein Amtsblatt einzuführen. Da fragt sich doch jeder: Ein Amtsblatt, flächendeckend an alle Haushalte verteilt, ein gutes halbes Jahr vor der Kommunalwahl? Ein Schelm der Böses dabei denkt. Könnte man nicht auf die Idee kommen, dass dies mit der Kommunalwahl zu tun hat? Will hier ein Bürgermeister ein Werbeblättchen schaffen, mit dem er auf Kosten der Stadt darstellen kann, was für ein toller Hecht er ist? Wir halten das für skandalös, insbesondere nachdem wir so schlechte Erfahrungen mit dem Amtsblatt der vergangenen Jahre gemacht haben. Obwohl die Verwaltung davon spricht, das es werbefinanziert sein soll, kann sich doch jeder von uns an zwei Fingern ausrechnen, dass auch die Stadt erhebliche Kosten dafür aufzubringen hat und wenn es nur die Arbeitszeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sind. Wir werden dem nicht zustimmen. Sie Herr Bürgermeister sind aber anscheinend der Auffassung, dass der Rat nur noch ein abnickendes Gremium ist.

Wie anders ist es zu erklären, dass sie bereits im Vorfeld Unternehmen angeschrieben haben, um bei ihnen eine Anzeige für dieses ominöse Amtsblatt einzuwerben. Dieses Schreiben liegt mir im Übrigen vor. Noch schlimmer finde ich jedoch die Tatsache, das Sie Herr Bürgermeister, bereits mit Datum vom 12.11.2013, also schon vor der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung, eine interne Verfügung erlassen haben, in der ihre Mitarbeiter angewiesen werden, Herrn Urban jede Information für den redaktionellen Teil des Amtsblattes zur Verfügung zu stellen. Finden Sie nicht auch, dass es der Anstand geboten hätte, hier eine formelle Entscheidung des Rates abzuwarten? In Paragraph 41 der Gemeindeordnung heißt es schließlich: Der Rat der Gemeinde ist für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig.

Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen. Wir wollen uns nicht daran beteiligen unser Schwimmbad zu gefährden und einem mehr als fragwürdigen Haushaltssanierungsplan die Hand zu reichen. Einem Sanierungsplan, in dem Dinge aufgeführt sind, deren Verwirklichung sehr unsicher ist, beziehungsweise in weiter Ferne liegen. Es gibt zum Beispiel bis heute keinen Alternativplan für die Einnahmen aus einer eventuellen Parkraumbewirtschaftung. Meine Damen und Herren, das hat doch nichts mehr mit seriösem Handeln zu tun. Sie beschließen einen Plan und sind dann selber nicht in der Lage ihn umzusetzen. Sie scheitern an ihrer eigenen Courage.

Wir fragen uns, wo denn die neuen Gewerbegebiete sind, die sie ausweisen wollten? Dies stand zumindest in ihrem Koalitionsvertrag. Bis heute haben wir davon nichts gesehen. Selbst von der Erweiterung des Gewerbegebietes Holthausen, für das es bereits vor der letzten Kommunalwahl ein Gewerbemonitoring gegeben hat, ist weit und breit nichts zu sehen. Auch nichts zu sehen ist von der Belegung der Innenstadtteile. Der Begriff Stadtmarketing kommt in Ihrem Vokabular schlicht und einfach nicht mehr vor und auch bei dem vollmundig angekündigten Kulturkonzept mit Leuchtturmmaßnahme heißt es schlicht und einfach Fehlanzeige.

Wo ist denn das Gesamtkonzept, das Übach Palenberg als Marke positiv und überregional hervorheben sollte mit Gesamtverkehrskonzept, Straßenbauplan und

Nahverkehrsplan?

Diese Fragen ziehe ich mir nicht aus den Fingern meine Damen und Herren, nein, es sind schlicht und einfach die Dinge, die Sie den Menschen 2009 versprochen hatten. Da kann man nur sagen: Versprochen Gebrochen.

Verantwortung, Menschlichkeit und Bürgernähe sollten die Politik der letzten Jahre auszeichnen, unsere Stadt sollte sich weiter entwickeln und das Einzige was passiert ist, ist das das Leben in Übach Palenberg deutlich teurer geworden ist. Für Betriebe und für die Menschen die hier leben. Wir lehnen diesen Haushaltsentwurf 2014 ab."

Stadtverordnete **Weinhold** führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr verehrte Ratskolleginnen,
sehr geehrte Ratskollegen,
liebe Vertreter der Presse,
meine Damen und Herren.

Quo vadis Übach-Palenberg?
Wohin gehst du Übach-Palenberg?

In 6 Monaten - am 25. Mai 2014 findet die nächste Kommunalwahl in NRW und somit auch in Übach-Palenberg statt. Dann ist der Wähler vor die Entscheidung gestellt, wie es in Übach-Palenberg weiter gehen soll, wie die Zukunft unserer Stadt gestaltet wird.

Der Wähler muss entscheiden:

Bleibt es beim seit 2009 eingeschlagenen schmerzhaften Sparkurs und dem daraus resultierenden Schuldenabbau oder werden wieder, wie bis 2009, kostspielige Versprechungen gemacht und realisiert, um Wählerstimmen einzufangen, letztendlich aber zu Lasten unserer Kinder und Enkelkinder.

Die UWG sagt hier und heute nie wieder Investitionen, die unseren finanziellen Rahmen sprengen.

Seit die UWG mit in der Verantwortung für Übach-Palenberg steht, hat sich vieles zum Positiven entwickelt. Erfreulich ist der reduzierte Schuldenstand auf unter 40 Millionen €.

Erfreulich sind die Ansiedlungen bzw. Erweiterungen in verschiedenen Ortsteilen. Die UWG erhofft dadurch auf das Interesse für weitere Investoren. Erfreulich ist der daraus resultierende Anschub für neue Arbeitsplätze in unserer Region. Erfreulich ist die Entstehung eines Einkaufszentrums von knapp 10000 qm Verkaufsfläche, nicht auf der grünen Wiese, sondern im Stadtkern zwischen den Stadtteilen Übach und Palenberg. Dadurch wird ein Teil der verlorenen Kaufkraft für unsere Stadt zurückgewonnen.

Erfreulich ist die effiziente Arbeit in der Stadtverwaltung trotz reduzierter Arbeitskräfte. An dieser Stelle möchte ich mich im Namen der UWG bei dem Kämmerer Herrn Beeck und seinem Team für die Erstellung der Haushaltssatzung bedanken, einer Herkulesaufgabe bei dem eingezwängten Sparkorsett!

Sparmaßnahmen rufen, wie wir alle wissen, bestimmt keine Beifallsstürme hervor. Noch dazu, da schließe ich niemanden von uns aus, weil jeder gerne die nächste Wahl gewinnen möchte.

Zur Erinnerung: bis September 2012 musste sich Übach-Palenberg jede Investition ab 60.00 € von der Kommunalaufsicht genehmigen lassen.

Die Talsohle war erreicht!

Bevormundung zu 100% !

Spielraum von Gestaltungsmöglichkeiten zu 0% !

Heute, 14 Monate später, geht es langsam wieder bergauf.

Viele Zahnräder mussten ineinandergreifen, um dies zu ermöglichen.

Zahnräder wie z.B.

eine rigorose Sparpolitik

eine Verschlankung der Stadtverwaltung

eine höhere Gewerbesteuererinnahme

eine finanzielle Unterstützung durch den kommunalen Stärkungspakt (nur bei größter Sparsamkeit)

eine Anhebung der Grundsteuer A, der Grundsteuer B, der Gewerbesteuer und der Hundesteuer.

Jeder von uns, verehrte Kollegen und Kolleginnen, weiß, dass wir noch immer unter der Knute der Kommunalaufsicht stehen.

Diese beobachtet unsere Sparmaßnahmen mit Argus Augen.

Unser finanzieller Bewegungsspielraum ist nach wie vor stark eingeschränkt. Noch hilft uns das niedrige Zinsniveau. Aber was, wenn die Zinssätze wieder steigen?

Nach wie vor werden die Kommunen vom Land NRW und vom Bund stiefmütterlich behandelt. Vorgegebene Pflichtaufgaben lassen die Einhaltung des Konnexitätsprinzips vermissen. Finanzierungsrisiken werden auf die kommunale Ebene abgewälzt. Umlageverbände scheuen sich nicht, immer tiefer in die kommunale Tasche zu greifen. Sie machen sich einen schlanken Fuß, und uns, die Kommune, als letztes Glied in der Kette, beißen die Hunde.

Dem NKF sei Dank, dass die Verschleierung der Finanzlage ein für alle Male vorbei ist.

In Übach-Palenberg hat sich seit 2009 mit Hilfe der UWG ein Paradigmenwechsel vollzogen.

Bis 2009 wurde die Musik munter darauf los bestellt ohne über die Bezahlung nachzudenken.

Bekanntlich erzeugt das Ausschütten des Füllhorns Wählerzustimmung.

Als Beispiel sei hier die Überdimensionierung des Freibades genannt und verschiedene Euregionalprojekte.

Die absolute Krönung der Geldverschwendung war der Bau der Klangbrücke im Naherholungsgebiet - eine noch immer unvollendete Geschichte mit anhängender Klage.

Hätte man damals auf die Warnung der UWG gehört und auf dieses hässliche Bauwerk verzichtet, hätte man viel Geld und Ärger gespart.

Bis heute fehlt unserer Stadt Geld für die nötige Pflege der öffentlichen Grünanlagen, für wichtige Straßensanierungen und für dringende Reparaturen an öffentlichen Gebäuden.

Die Laternenbeleuchtung erfolgt auf Sparflamme.

Nicht zuletzt könnte unser Rathaus einen neuen Fassadenanstrich gebrauchen.

Aber, meckern allein nützt nichts! (Das war übrigens der Gründungslogan der UWG)

Wir, die UWG, als jetzt Mitverantwortliche, haben die Ärmel hochgekrempelt und viele vorhandene Misthaufen verkleinert!

Allein restriktive Sparpolitik führt auf Dauer zum Erfolg.

Im Jahr 2014 brauchen wir nicht mehr auf Liquiditätskredite und Investitionskredite zurückzugreifen.

Das Gesamtkreditvolumen unterschreitet erstmals nach langer Zeit die 40 Millionenmarke.

Sparen, Sparen, Sparen, wird uns aus der Umklammerung der Kommunalaufsicht befreien!

Nie wieder Bittsteller sein bei investiven Maßnahmen ab 60.00€ aufwärts! Vergessen wir nicht, wir hängen auch noch in den nächsten Jahren am Finanztropf vom Land NRW.

Gewerbesteuereinnahmen sind abhängig von der Konjunktur und deshalb unkalkulierbar.

Stellen wir uns darauf ein!

Allein eine solide Finanzpolitik wird eine akzeptable Zukunft für unsere Stadt sichern.

Unkalkulierbare Zinsgeschäfte, sogenannte Derivate, am Rat der Stadt vorbei, darf es niemals mehr geben. Hier können wir nur auf eine positive Rechtsprechung hoffen.

Eine verantwortungsvolle Ratsarbeit muss ergänzt werden durch ein straffgeführtes Management und eine qualifizierte unterstützende Verwaltungsarbeit.

Aus Sicht der UWG ist die Neuschaffung einer Stelle für Rechtsberatung - auch aus finanzieller Sicht - unverantwortlich!

Seit 2009 haben wir einen Bürgermeister ohne Jurastudium. Sind uns daraus irgendwelche Nachteile erwachsen?

Die noch anhängenden Klagen resultieren aus der Zeit, als der damalige Bürgermeister eine juristische Ausbildung hatte.

Pikant ist dabei, dass eben dieser Bürgermeister heute Mandanten bei Klagen gegen die Stadt Übach-Palenberg vertritt.

Durch die Besetzung dieser Stelle erfährt die Verschlankung der Verwaltung einen herben Rückschlag!

Oder brauchen wir jetzt in der Verwaltung einen angestellten Juristen, um dem Exbürgermeister Paroli zu bieten?

Spezielle Probleme benötigen auch in Zukunft die spezialisierte Beratung eines Fachanwaltes.

Die UWG wird dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht zustimmen, da die Einrichtung einer Steuerungsstelle für Recht und Beratung bei unserer zur Zeit noch immer prekären finanziellen Situation unverantwortlich ist. Anscheinend ist der Sparwille noch immer nicht groß genug.

„Jeder €, der ausgegeben wird, ist erst zu verdienen und die Schulden sind zunächst abzubauen“ (Zitat des Bürgermeisters aus der Haushaltseinbringung vom 17.10. 2013)

Eben deshalb sollte auf die Besetzung der freigewordenen Stelle verzichtet werden.

Hehren Worten sollten auch Taten folgen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordnete **Appelrath** führte aus:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Vertreter der Presse,

zunächst einmal freuen wir uns sehr, dass der geplante Ergebnishaushalt 2014 mit einem Defizit von unter 100.000 Euro geplant ist. Dies ist für unsere Stadt Übach-Palenberg ein wichtiger und guter Schritt in Richtung Haushaltskonsolidierung. Lassen sie uns kurz darstellen, wem unser Dank dafür gilt.

Wenn sich heute -unverkennbar vor der kommenden Kommunalwahl- die CDU als Retter der Haushaltssituation darstellt, ist dies ja beileibe kein Wunder – ebenfalls ist kaum verwunderbar, dass rot-grün als Verursacher von Altlasten dargestellt wird. Aber lassen wir uns konkret in die Geschichte schauen. Der letzte rot-grüne Haushalt hatte ein Jahresdefizit von 3,5 Millionen Euro, dann kam der erste Haushalt, den CDU, UWG und FDP zu verantworten hatten: Defizit 10,2 Millionen Euro.

Falls es in Vergessenheit geraten ist, was zu dieser Steigerung beigetragen hat: der Posten des dritten stv. Bürgermeisters, Aufblähen der Ausschussarbeit und mehr. Erst das Land NRW hat im Jahr 2012 mit dem Stärkungspakt massiv in unseren Haushalt eingegriffen und uns gesetzlich aufgefordert, den Haushalt zu sanieren und uns dabei noch mit erheblichen finanziellen Hilfen unterstützt. Alles in allem werden in den Jahren 2011 – 2020 gut 14 Mio. € in unser Stadtsäckel fließen. Neben dem Land NRW sind es aber vor allem die BürgerInnen und Gewerbetreibende in unserer Stadt denen der Dank für die etwas entspanntere Situation gilt. Durch erhebliche Steuererhöhungen tragen die Bürger mit 3,8 Millionen (statt 2,5 Millionen vor der Steuererhöhung) erheblich zur Sanierung bei.

Deswegen gilt heute die Anerkennung für den durchaus positiven Schritt zur Haushaltssanierung in erster Linie den BürgerInnen in Übach-Palenberg und dem Land NRW.

Sehr geehrter Herr Beek, wenn sie in Ihrer Einführung zitieren „wer die Musik bestellt, der muss sie auch zahlen“ dann werden Sie hier im Raum keinen Widerspruch erhalten. Allerdings sollten sie in der Darstellung Ihre Vorwürfe ein wenig differenzieren. Nicht nur 1,6 Millionen im Stärkungspakt, sondern auch 800.000 Euro mehr Schlüsselzuweisungen kommen vom Land –wir finden, dass hier deutlich wird, dass -anders als der Bund- das Land NRW auf dem richtigen Weg ist, um uns als Kommune zu unterstützen.

Erfreulich ist, dass der Kreis seinen Selbstbedienungsladen der vergangenen Jahre stabil hält – wenn auch weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Aber auch uns ist nicht entgangen, dass der Landrat und der Kreistag sich verantwortungsvoller um die kommunalen Belange kümmern.

Erfreulich ist am neuen Haushalt, dass die Instandhaltungssumme um 1 Million wächst und so ein kleiner Schritt unternommen wird, um dem Sanierungsstau entgegenzuwirken. Allerdings würden wir uns bei den geplanten Maßnahmen eine höhere Prozentzahl an Investitionen in unsere Schulen statt an Infrastruktur, wünschen.

Besonders bedauerlich im Haushaltsplan ist die wieder gestiegene Summe „Bewirtschaftungskosten“ – nämlich im Zeitraum von 2009 mit 2,1 Mio. € auf 2,5 Mio. in 2014 um gut 20%. Hätten Sie/wir an unserem einstimmigen Ratsbeschluss zum Klimaschutz festgehalten, wären uns heute die ersten Kostensenkungen durch Einsparpotentiale vergönnt.

Wir fordern Sie, Herr Bürgermeister, auf nun endlich den einstimmigen Ratsbeschluss umzusetzen und bei der gerade neu aufgelegten Förderphase aktiv zu werden. Neben einem aktiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz können wir so mittelfristig die Bewirtschaftungskosten für die städtischen Immobilien nachhaltig entlasten.

Auf Grund der durchaus positiven Ansätze könnten wir heute dem Haushalt zustimmen, wenn da nicht einige wesentliche Fehllansätze vor allem im Investitionsplan verblieben wären. Zuerst natürlich die Aachener Str. - hier schreiben Sie, Herr Beeck, dass das Geschäftszentrum Palenberg unter der Abnabelung leidet – hier fordere ich Sie auf diese Behauptung mit entsprechenden Belegen zu untermauern. Richtig ist, dass sich einige KollegInnen hier im Rat dies so einreden und vereinzelte (bei weitem nicht alle) Geschäftsleute in Palenberg sich dies so einreden. Aus unserer Sicht gibt es keine offensichtlichen Gründe, dass die Öffnung der Aachener Str zu einer deutliche Belebung führen wird.

Aus unserer Sicht ebenfalls zu streichen ist die Zaunanlage an der GGS Palenberg, die wir ablehnen. Hierzu hat es bereits mindestens 2 Besichtigungstermine des Fachausschusses gegeben und waren mehrheitlich abgelehnt worden. Es wird wohl der neuen Schulleitung geschuldet sein, dass hier wieder versucht wird Druck aufzubauen.

Lassen Sie mich direkt einige weitere Anmerkungen zum Investitionsplan machen. Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass für die Erneuerung des Fuhrparks jedes Jahr 120.000 € pauschal angesetzt werden. Hier gibt es doch sicherlich einen Fahrzeugplan, der vorsieht, wann welches Fahrzeug ausgetauscht werden sollte – aus einer solchen Planung lassen sich dann auch verlässliche Zahlen ablesen, aber jedes Jahr 120.000€ pauschal anzusetzen erscheint wenig sinnvoll. Ebenso pauschal sind die 95.000 € für Anschaffung von EDV-Software/Hardware im Rathaus – jedes Jahr. Nach vorausschauender Finanzplanung sehen solche Pauschalzahlen jedenfalls nicht aus. Lassen Sie mich mit einer weiteren Anmerkung zum Investitionsplan diesen Teil abschließen: Zur papierlosen Gremienarbeit schreiben Sie Herr Beek, dass eine Kostenersparnis nur dann eintritt, WENN die Kosten der großen Druckstraße wegfallen – mir ist klar, was dieses „wenn“ zu bedeuten hat, bisher bin ich davon ausgegangen, dass der Ratsbeschluss hierzu eindeutig war, oder?

Wenn ich gut 1 ½ Jahr zurückblicke, als wir im Rat in Zusammenarbeit mit Experten der Landesregierung den Sanierungsplan für die Zeit bis 2020 aufgesetzt haben, wussten wir welche Summe auf der einen Seite einzusparen ist und setzten dem gegenüber die Punkte mit Einsparpotential, den Saldo zwischen diesen Summen mussten wir mit einer Erhöhung der Steuern, auf die wir Einfluss haben, auffangen. Dies führte zur Erhöhung der Grundsteuern A und B, sowie der Gewerbesteuer.

Einer der Einsparpunkte ist die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung, der in diesem Jahr bereits 50.000 € einbringen sollte, im nächsten Jahr 60 T und danach Jahr für Jahr 70 T €. Aber was ist davon in der Verwaltung übrig geblieben und wurde uns als Sitzungsvorlage vorgelegt – ein Parkautomat am Parkplatz des Wurmtparks Marienberg. Absolut kontraproduktiv.

Es ist doch wohl klar, dass wenn auf der einen Seite der Bilanz diese Einnahme wegfällt, sie im Gegenzug auf der anderen Seite wieder die Steuern erhöhen müssen und das müssen wir ihnen vorhalten – etwas phantasievolles als Steuererhöhungen ist ihnen nicht eingefallen.

Jedoch einen Punkt im Sanierungsplan könnten Sie, Herr Bürgermeister, ganz persönlich dazu beisteuern: Machen Sie den Weg frei, dass zur Kommunalwahl im Mai 2014 auch die Bürgermeisterwahl in unserer Stadt stattfindet. Wir sprechen hier von Kosten von ca. 20.000 €. Sie haben es in der Hand.“

Stadtverordneter **W. Gudduschat** führte aus:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Mitglieder des Stadtrates
und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Pressevertreter,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

die Einbringung des Entwurfes des Haushaltsplanes durch den Bürgermeister und den Kämmerer war durch Zuversicht gekennzeichnet.

Ich habe heute Morgen in einem Weihnachtsbrief ein Zitat des Autors Goran Kikic gelesen: „*Alle sagten: Es geht nicht. Da kam einer, der das nicht wusste und tat es einfach.*“

An dieser Stelle gilt unserem Kämmerer, Herrn Beeck, Dank für die wertvolle Unterstützung bei unseren Beratungen. Er stand für alle offenen Fragen bereit. Außerdem hat er - wie schon in den Jahren zuvor - eine solide Arbeit gemeinsam mit seinen Mitarbeitern geleistet.

Ihnen, Herrn Bürgermeister Jungnitsch, möchten wir im Namen der FDP - HM Fraktion dafür danken, dass Sie sich stets für die Belange der Stadt Übach-Palenberg einsetzen auch über die Fraktionsgrenzen hinweg.

Die im Haushaltssicherungskonzept der Verwaltung eingebrachten Spar- und Einnahmenvorschläge haben gezeigt, dass alle aus der Stadtverwaltung wirklich guten Willens sind, die Stadtfinanzen wieder auf gesunde Füße zu stellen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

doch auch wir selbst müssen uns fragen, ob wir nicht auch dazu beitragen, in dem wir immer neue Konzepte, Untersuchungen, Vorlagen, Berichte und vieles mehr fordern, die anschließend Regale füllen. Vieles davon ist sicherlich wichtig auch für die Zukunft, aber genau das zu unterscheiden ist die Kunst des politischen Handelns.

Wenn man als fünfter Redner in der Haushaltsberatung das Wort ergreift, läuft man mehr als nur Gefahr, den Zuhörern Fakten vorzutragen, die die Vorredner bereits dargelegt haben.

Deshalb sehen Sie es mir bitte nach, wenn ich mich auf das unumgänglich Notwendige des Haushaltes beschränke.

Wie aus den aktualisierten Zahlen der Verwaltung zu entnehmen ist, hat sich die Haushaltssituation der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2014 immerhin etwas verbessert.

Die FDP-HM- Fraktion tritt unverändert dafür ein, dass der Gemeindehaushalt nachhaltig konsolidiert wird und gleichzeitig wichtige Standards, die das Leben und Wirtschaften in Übach-Palenberg interessant und erstrebenswert machen, erhalten bleiben. Einen kulturellen und sozialen Kahlschlag lehnen wir ab.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir von der CDU-FDP-HM-Kooperation handeln jedenfalls nicht panisch, sondern pragmatisch und zielorientiert, wenn wir solide nachweisen, wie der für 2014 aufzubringende Konsolidierungsbeitrag erreicht werden soll, und damit ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept auf den Weg gebracht haben.

Für neue oder erweiterte freiwillige Leistungen sehen wir im Konsolidierungszeit-

raum bis 2021 keine Möglichkeit und lehnen diese deshalb grundsätzlich ab.

Gemeindliche Unterstützungen für ehrenamtliche Tätigkeiten sollten im Rahmen der Möglichkeiten weiter gewährt werden.

Wir sind in Übach-Palenberg auf einem richtigen Weg und wollen das bisher Erreichte sichern, sowie darüber hinaus Erreichbares möglich machen.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Von großer Bedeutung ist es für uns auch, dass Kindergarten- und Krippenplätze in ausreichender Zahl angeboten werden können.

Bei dem derzeitigen, allgemeinen Fachkräftemangel ist es uns wichtig, dass beide Elternteile einem Beruf nachgehen können. Dies wird nur von Erfolg gekrönt sein, wenn die Eltern sicher sind, dass ihre Kinder derweil in guten Einrichtungen untergebracht sind. Dies ist im Übrigen auch ein Standortvorteil.

Denn viele Betriebe lassen sich dort nieder, wo die entsprechende Infrastruktur für ihre Mitarbeiter vorhanden ist. Unsere Stadt ist in diesem Bereich dann gut aufgestellt, wenn es gelingt, durch den Ausbau von Plätzen für die unter Dreijährigen den Rechtsanspruch mit guten Standards zu erfüllen. Ich glaube auch hier sind wir auf dem richtigen Weg.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Jahr 2014 wird ein kommunales Wahljahr sein, denn die wichtigen Stadtratswahlen stehen am 25. Mai 2014 an.

Die politische Willensbildung für unsere noch immer überschaubare Stadt ist eine stets spannende und interessante Aufgabe. Hier kann man in vorderster Front aktiv mitgestalten.

Dass „Mehrheiten entscheiden“, diese Erfahrung hat vermutlich jeder von uns schon gemacht. Und hoffentlich gehen Sie nach den 25. Mai 2014 den eingeschlagenen Weg weiter, zum Wohl unserer Stadt.

Nur gemeinsam mit gegenseitiger Anerkennung schaffen wir die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Ich möchte jedoch auch die Gelegenheit nutzen, die Mitglieder aller Fraktionen aufzufordern die Diskussionen mit Respekt und Wertschätzung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen zu tun, egal wie lange sie diesem Hause angehören und wie erfahren sie sind. Die Fähigkeiten dazu sollten doch alle besitzen, also nutzen wir Sie in Zukunft einfach.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die FDP-HM-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2014 und dem Haushaltssicherungskonzept nebst Anlagen für den Zeitraum 2014-2021 in der aktualisierten Fassung zu.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung,
klamme Kassen belasten Verwaltungen auf allen Ebenen. Die Aufgaben im Rathaus nehmen erkennbar ständig zu. Dadurch steigt die Belastung der einzelnen Verwaltungsmitarbeiter, die ihre Arbeit wie gewohnt gut und motiviert für unsere Bürger leisten.

Diese Tendenz erkennen wir – diese Leistungen würdigen wir hiermit ausdrücklich!

Daher ein Dankeschön an den Bürgermeister und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und des Bauhofes, für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und für die Unterstützung der politischen Arbeiten im Rat.

Marie Curie (Nobelpreisträgerin) sagte mal

„Man merkt nie, was schon getan wurde, man sieht immer nur, was noch zu tun bleibt.“

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordneter **Sarasa** verzichtete auf eine Haushaltsrede.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 wird wie folgt beschlossen:

Im Ergebnisplan mit

- Gesamtbetrag der Erträge	57.556.562 €
- Gesamtbetrag der Aufwendungen	57.631.728 €

im Finanzplan mit

- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	51.833.581 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	48.749.030 €
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	2.501.082 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	7.363.291 €

Gesamtbetrag der Kredite

Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 2.725.660 €

Verringerung der allgemeine Rücklage 75.166 €

Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung 10.000.000 €

Ein Haushaltssanierungsplan ist aufgestellt.

Steuersätze

Grundsteuer A 300 v.H.

Grundsteuer B 550 v.H.

Gewerbesteuer 475 v.H.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen

12 Nein-Stimmen

10. Erweiterungen zur Tagesordnung

10.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, UWG und Bündnis 90/Die Grünen nach § 7 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse betr. Streichung der Stelle der Entgeltgruppe 13 im Stellenplan 2013

Stadtverordneter **Walther** erklärte sich als befangen und verließ während des Tagesordnungspunktes den Sitzungssaal.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er wolle vorab einige Ausführungen machen: Bei seinem Amtseintritt habe die Verwaltung aus 4 Dezernaten und 2 Beigeordneten bestanden. Jetzt gebe es nur noch 2 Dezernate und einen Beigeordneten. Bei den Neueinstellungen habe er Wert darauf gelegt, im operativen Bereich neue Kräfte hinzuzugewinnen. Es seien 9 Arbeiter, 3 Hausmeister und 5 Auszubildende eingestellt worden. Insgesamt lasse sich aber sagen, dass die Aufbauorganisation massiv verschlankt worden sei. Aber irgendwann sei auch ein Punkt erreicht, an dem sichergestellt werden müsse, dass die Arbeit auch noch erbracht werden könne. Viele juristische Angelegenheiten und Tätigkeiten fallen an, die der Außenstehende wahrscheinlich gar nicht sehe. Diese Aufgaben habe bisher der Erste Stadtbeigeordnete wahrgenommen. Da dieser aber jetzt den technischen Bereich in sein Dezernat übernommen habe, habe er für die juristische Bewertung nicht mehr die Zeit. Durch die Arbeitsverdichtung insgesamt, könne diese Aufgabe auch nicht durch das Hauptamt aufgefangen werden.

Unter Berücksichtigung der Umorganisation in der Verwaltung vertrete er die feste Auffassung, dass die in Rede stehende Stelle nicht gestrichen werden dürfe.

Er appelliere an alle, darüber nachzudenken, ob man die Verwaltung wirklich so weit beschneiden wolle, dass sie ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden könne.

Beschluss:

Der Stellenplan 2013 wird geändert und die Stelle der Entgeltgruppe 13 ersatzlos gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen

16 Nein-Stimmen

11. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch gab folgende Erklärung ab:

"Hier meine Stellungnahme zur Bürgermeisterwahl 2014:

grundsätzlich bin ich nach wie vor der Meinung, dass diese von der Landesregierung aufgetane Möglichkeit bereits im Jahre 2014 die Bürgermeister- und Kommunalwahlen zusammenzuführen, insbesondere mit den Argumenten der Kostenersparnis und Reduktion der Wahlen, sowie der sinkenden Wahlbeteiligungen nicht treffend sind, weil man gleichzeitig die Stichwahlen eingeführt hat. Diese können dazu führen, dass der Bürger in kurzem Abstand - und dann nur für eine Landrats- oder Bürgermeisterwahl - erneut zur Wahlurne schreiten muss!

Eine Stichwahl kostet genau so viel wie jede andere Wahl und ob dann überhaupt noch viele Wähler aktiviert werden können, ist sehr fraglich. Also zieht auch das Argument der möglicherweise geringen Anzahl absoluter Stimmen für eine Landrats- oder Bürgermeisterwahl bei Nominierung vieler Kandidaten ebenfalls nicht (Bei Wegfall einer Stichwahl, wenn bei dieser dann auch nicht viele Wähler aktiviert werden können!)

Dennoch habe ich mich am 20.11.2013 entschieden und dies dem Landrat als zuständige Kommunalaufsicht mitgeteilt, vorzeitig zum 22. Juni 2014 mein Amt als Bürgermeister niederzulegen.

Gleichzeitig habe ich entschieden erneut als Kandidat für das Amt als Bürgermeister bei den dann vorgezogenen Bürgermeisterwahlen am 25. Mai 2014 antreten zu wollen. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine Nominierung über die Partei.

Nach intensiver Prüfung aller Rahmenbedingungen, auch der rechtlichen, ist mir das Wohl der Stadt ein vordringliches Anliegen. Vorausgesetzt, es werden keine Stichwahlen erforderlich, wird hier in der Tat erhebliches Geld im fünfstelligen Bereich eingespart. Dem möchte ich vor allem Rechnung tragen. Dies ist dann eines meiner persönlichen Beiträge zur Sanierung unserer Stadtfinanzen.

Darüber hinaus finde ich es gut, wenn der Bürgermeister mit den Menschen im Team zur Wahl steht, die in den letzten 4,5 Jahren so erfolgreich unsere Stadt geführt und gute Wege aufgezeigt haben, die aus der schwierigsten Situation die Übach-Palenberg nach dem Krieg und nach der Zechenschließung hatte, führt und bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen führen wird. Erste deutliche Erfolge sind nach der kurzen Zeit des Wirkens bereits aufzuzeigen!"

12. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Insoweit wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen.

13. Einwohnerfragestunde

Von Seiten der Einwohner wurden keine Anfragen an die Verwaltung gerichtet.

Anfragen

Anfrage der Fraktion B90/ Die Grünen:

Stadtverordnete **Appelrath** wies darauf hin, dass das vom Bund initiierte Bildungs- und Teilhabepaket Ende 2013 auslaufe und fragte, wie es hiermit in Zukunft aussehen werde.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** antwortete, es sei noch keine Entscheidung bzgl. einer Fortführung getroffen worden.

Anfrage der FDP-HM-Fraktion:

Stadtverordneter **Malaker** fragte, warum die Brücke auf der Aachener Straße schon wieder gesperrt sei.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** bat darum, die Sperrung sehr ernst zu nehmen, da hier eine große Gefahr bestehe.

Stadtverordneter **Malaker** wies darauf hin, dass dann deutlicher abgesperrt werden müsse.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er nehme diesen Hinweis gerne auf.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 19.05 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine kurze Pause an.

Er bedankte sich bei allen Rats- und Ausschussmitgliedern für ihre geleistete Arbeit und wünschte allen eine geruhsame Weihnachtszeit, ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 19.28 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin